



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
1. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
am 23.01.2007
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Henri Blanken
Abg. Dirk Detjen
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Helmut Ringe
Abg. Joachim Schulz
Abg. Christian Sonnenwald
Abg. Detlef Steppat

Verwaltung

KVD Heinz Peimann
Herr Kurt Bellmann
Herr Gerd Hachmöller
Frau Jutta Lange-Meyer
Herr Georg Torkler

Frau Ulrike Jungemann
KA Hainer Schmökel
Abg. Manfred Wernecke
Ltd. Vet. Dir. Dr. Joachim Wiedner

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Hans-Jürgen Krahn

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 14.Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 16.0
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Verwendung der Regionalisierungsmittel;
Förderung des ÖPNV im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0087
- 6 Antrag TOUROW
Vorlage: 2006-11/0090
- 7 Haushaltsplan 2007
Vorlage: 2006-11/0083
- 8 Antrag der WFB-Kreistagsfraktion vom 16.10.2006;
Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur auf der Schiene im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0086
- 9 Projektideen des Amtes für Kreisentwicklung zur Konvergenzförderung 2007 - 2013
Vorlage: 2006-11/0082
- 10 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Graf von Bothmer eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
Anschließend stellen sich die Teilnehmer der Sitzung vor.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 14.Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 16.0**

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 16.05.2006 wird bei 11 Enthaltungen genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

KVD Peimann teilt mit, dass das Veterinäramt über wichtige Angelegenheiten berichten möchte und übergibt hierzu das Wort an Ltd. VetD Dr. Wiedner.

Ltd. VetD Dr. Wiedner berichtet, dass mit der Verabschiedung der EU-Verordnung 882/2004 die Veterinärämter und Lebensmittelüberwachungsbehörden verpflichtet seien, ihre Kontrollen anhand von dokumentierten Verfahren durchzuführen. Dies bedeute, Arbeiten nach einem QM-System. Ein derartiges System müsse bis Ende des Jahres 2007 verbindlich in der EU eingeführt worden sein. In Niedersachsen würde es hierzu ein einheitliches System geben, dass in vielzähligen Arbeitsgruppen, bestehend aus den Landkreisen, LAVES und MI, erarbeitet wurde. Der Landkreis Rotenburg habe im Bereich der Lebensmittelüberwachung dieses System Ende November 2006 eingeführt. Eine externe Überprüfung des Veterinäramtes im Rahmen eines Audits habe ebenfalls Ende November 2006 stattgefunden. Anfang des Jahres würden die Bereiche Tierseuchenbekämpfung, Tierschutz, Tierkörperbeseitigung und Arzneimittelüberwachung mit dem QM-System vertraut gemacht.

Anschließend berichtet Ltd. VetD Dr. Wiedner, dass der Landkreis Rotenburg beim Schlachthof der VION Zeven AG (ehemals Premium-Fleisch AG) zusätzlich zur obligatorischen Trichinenuntersuchung ein kleines Labor betreibe, um die vorgeschriebenen stichprobenartig zu nehmenden Proben von Schlachtschweinen auf Hemmstoffe zu untersuchen. Derartige Labore dürften nach dem 31.12.2006 gemäß EU-Verordnung 882/2004 nur noch betrieben werden, wenn sie akkreditiert sind. Die Kosten für den Schlachthofbetreiber seien wesentlich günstiger, wenn das kommunale Labor weiter betrieben wird, anstatt die Proben an das entsprechende Labor des LAVES zu senden. Zusätzliche Kosten für den Landkreis seien damit nicht verbunden. Die Kosten im Rahmen der Akkreditierung würden von dem Unternehmen getragen. Ein entsprechender Antrag auf Akkreditierung bei der AKS in Hannover sei gestellt worden.

Abschließend berichtet Ltd. VetD Dr. Wiedner über die Blauzungenkrankheit der Wiederkäuer. Zum ersten Mal sei diese anzeigepflichtige Viruserkrankung im Sommer des letzten Jahres in Deutschland (Raum Aachen) aufgetreten. Diese für den Menschen völlig ungefährliche Erkrankung werde durch Stechmücken übertragen. Da die Stechmücken mit dem Wind leicht über große Strecken verschleppt werden können, würde um einen betroffenen landwirtschaftlichen Betrieb eine Schutzzone von 150 km eingerichtet. Mit der Festlegung der Schutzzone seien bestimmte Auflagen für die Halter von Rindern, Schafen und Ziegen und für den Viehhandel verbunden. Zum Beispiel seien für Transporte aus der Schutzzone heraus Genehmigungen des Veterinäramtes erforderlich. Der gesamte Landkreis Rotenburg läge aufgrund von Nachweisen des Virus in den Beobachtungsgebieten der Landkreise Osnabrück und Hameln-Pyrmont. Der Viehhandel, insbesondere der Export, würde dadurch sehr erschwert; in einigen Fällen sei der Viehhandel nicht mehr möglich.

Zu den Berichten des Veterinäramtes bestehen keine Fragen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Verwendung der Regionalisierungsmittel;
Förderung des ÖPNV im Landkreis Rotenburg (Wümme)**

KVD Peimann verweist auf die Beschlussvorlage und auf die Anlage 1, die von der Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen mbH (VNO) erstellt wurde. Herr Opalka, VNO, stellt als 1. ÖPNV-Fördermaßnahme im Bereich des Landkreises Rotenburg (Wümme) die neuen Übergangstarife zum VBN und HVV vor. Mit den Übergangstarifen soll erreicht werden, dass Pendler zusätzlich zu ihrer Bahnkarte kein VBN und HVV - Ticket mehr kaufen müssen und damit Kosten sparen. Herr Opalka verweist hierzu auf die in der Unterlage dargestellten Preisvergleiche für Zeitkarten und Monatskarten nach Bremen bzw. Bremerhaven und Hamburg.

Auf die Frage des Vorsitzenden Graf von Bothmer, wie die prozentuellen Veränderungen errechnet worden sind, antwortet Herr Opalka, dass Grundlage des geplanten Übergangstarifs der Bahntarif sei, zu dem bei Benutzung der Verbundverkehre ein relativ geringer Zuschlag hinzuge-rechnet worden sei.

Abg. Fröhlich fragt nach, warum Einzelfahrkarten von den neuen Übergangstarifen ausgenommen sind. Hierzu weist Herr Opalka auf die Schwierigkeiten im Vertrieb der Fahrkarten (großer Aufwand für wenige Fahrgäste) und das Niedersachsenticket hin. Da viele Fahrgäste mit dem sehr günstigen Niedersachsenticket fahren, bestehe für Einzelfahrkarten kein großer Handlungsbedarf.

Frau Schmidt fragt nach Familienkarten. Herr Opalka antwortet, dass in den Fahrkarten bereits eine familienfreundliche Komponente enthalten sei, so können Kinder bis 4 Jahren bereits jetzt kostenlos mitfahren.

Herr Opalka teilt dann mit, dass die Verkehrsunternehmen die Einnahmeverluste, die durch die neuen Übergangstarife entstehen, von der öffentlichen Hand erstattet haben wollen. Der Zuschussbedarf sei in der Vorlage dargestellt.

Abg. Ringe stellt fest, dass es Ziel sein müsse, dass möglichst viele Pendler mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Dieses würde aber nach der Berechnung zu einem höheren Zuschussbedarf führen. Herr Opalka antwortet, dass dies eine Sache der Verhandlung sei. Grundsätzlich sollte jeder neue Fahrgast den Zuschussbedarf mindern.

Vom Landkreis müsse jetzt das Signal kommen, wenn die neuen Übergangstarife zum Fahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres in Kraft treten sollen. Sofern die hierfür noch notwendigen weiteren Abstimmungsgespräche und Vertragsabschlüsse zügig durchgeführt würden, sei eine Einführung ggf. auch schon im Herbst 2007 vorstellbar.

Zur Fördermaßnahme 5 a) – Schnellbus Gnarrenburg - Bremen – berichtet Herr Opalka, diese Verbesserung der Anbindung habe die EVB bereits mit Hilfe der Gemeinde Gnarrenburg umgesetzt. Schon jetzt zeichne sich hier nach Auskunft der EVB eine steigende Fahrgastnachfrage ab. Da eine Planung gelungen sei, die keine zusätzliche Fahrzeugbeschaffung notwendig mache, entstünde nur ein relativ geringer Zuschussbedarf. Etwas anders verhalte es sich mit der als Maßnahme 5 b) aufgeführten Verlängerung der Linie Gnarrenburg – Bremen bis nach Bremervörde. Hier entstehe zum einen ein deutlich höherer Zuschussbedarf, da zusätzliche Fahrzeuge eingesetzt werden müssten und zum anderen seien die Fahrzeiten, die für die Fahrt von Bremervörde nach Bremen entstünden - zumindest den bisherigen Planungen nach - zu lang. Man sei hier jedoch weiterhin im Gespräch und suche nach Lösungen für eine attraktive Schnellbusanbindung auch der Stadt Bremervörde an Bremen. Auf Nachfrage des Abg. Fröhlich nach den Kostenanteilen der Kommunen für diese Maßnahme erläutert Herr Opalka, dass derzeit lediglich eine sehr grobe Kostenschätzung der EVB über den gesamten Zuschussbedarf vorliege. Über die Umsetzung dieser Maßnahme sowie eine mögliche Aufteilung der Kosten sei noch nicht weiter gesprochen worden.

Herr Opalka weist weiter auf die von der EVB mit Bezuschussung durch die Samtgemeinden Tarmstedt und Zeven bereits seit vielen Jahren erfolgreich betriebene Schnellbuslinie 630 Zeven - Tarmstedt - Bremen hin. Mit der nunmehr neu vorgesehenen Schnellbuslinie Zeven - Sittensen - Tostedt solle eine bessere Anbindung der Samtgemeinden Zeven und Sittensen auch an den Großraum Hamburg erreicht werden. Um diese Schnellbuslinie für Pendler attraktiv zu gestalten, gelte es, in Tostedt einen zeitnahen Anschluss an den zwischen Bremen und Hamburg verkehrenden Metronom herzustellen. Zu den für Pendler attraktiven Zeiten im Morgen- und Nachmittag/Abendbereich sei hierbei ein Stundentakt, in den Zeiten dazwischen ein 2-Stundentakt vorgesehen. Durch den Einsatz zweier zusätzlicher Busse lasse sich eine optimale Anbindung erreichen, die in der Kombination von Schnellbus und Metronom eine Fahrzeit von ca. 80 Minuten zwischen Zeven und Hamburg ermöglichen. Diese sei insbesondere unter Berücksichtigung des üblichen hohen Straßenverkehrsaufkommens und der Parkplatzknappheit als durchaus vergleichbar mit der Anfahrt zur Arbeit per Pkw zu bezeichnen. In der Anlage sei der maximale Zuschussbedarf für den Betrieb der Schnellbuslinie ohne Fahrgeldeinnahmen dargestellt. Der von kommunaler Seite zu tragende Zuschussanteil sei daher voraussichtlich etwas geringer anzusetzen. Die EVB habe bereits signalisiert, dass sie einen Anteil von ca. 25% des Zuschussbedarfs tragen werde. Auch die Samtgemeinden Zeven und Sittensen wollten sich beteiligen. Auf Nachfrage des Abg. Fröhlich nach der zu erwarteten Zahl der Nutzer eines solchen Schnellbusses antwortet Herr Opalka, dass man anhand grober Schätzungen zunächst von ca. 100 Pendlern ausgehe, die den Schnellbus regelmäßig nutzen. Schwerpunktmäßig würden diese dann die Busse zu den Zeiten des Berufsverkehrs nutzen.

Zur Verbesserung der Kasernenanbindung Seedorf teilt Herr Opalka zunächst mit, dass für die An- und Abfahrten der Soldaten an Wochenenden bereits ab 17.12.2006 eine neue Linienverbindung zwischen Seedorf und dem Bahnhof Scheeßel eingerichtet worden sei, die sehr gut angenommen werde. Kommunale Zuschüsse würden für den Betrieb dieser Linie nicht benötigt. Die in der Übersicht als Nr. 8 aufgeführte ÖPNV-Maßnahme beinhalte - darüber hinaus - eine generelle Verbesserung der Anbindung der Kaserne, um damit ein akzeptables ÖPNV-Angebot für die Fahrt zur Arbeit der in der Region wohnenden Zeitsoldaten und Zivilangestellten sowie ein Angebot für Freizeitfahrten der in der Kaserne untergebrachten Soldaten zu schaffen. Hier sei eine

Ausweitung des Fahrtenangebots auf der Linie 762 (Zeven - Selsingen - Bremervörde) der KVG in Planung. Über die genaue Ausgestaltung der Ergänzungen sowie den entstehenden Zuschuss werde zur Zeit noch verhandelt. Frau Schmidt regt an, bei den Verbesserungen auf der Linie 762 auch auf eine bessere Anbindung der Krankenhäuser zu achten.

Über die beantragte Anbindung der Gemeinde Fintel an den Bahnhof in Lauenbrück soll im Februar/März 2007 ein Fahrplankonzept erstellt werden. Ein konkretes Angebot läge noch nicht vor. Die Maßnahme "Bürgerbus Visselhövede" soll gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 31.05.2006 realisiert werden.

Der Zuschussbedarf für die Verbesserung des Stadtbussystems für den Bereich der Stadt Rotenburg (Wümme) sei von der Stadt Rotenburg (Wümme) benannt worden.

Für einen Schnellbus von Bremervörde nach Stade gäbe es noch kein Planungskonzept, die Kosten hierfür seien grob geschätzt worden.

Die Frage des Abg. Schulz nach dem Einsatz von Discobussen wird vom Vorsitzenden Graf von Bothmer beantwortet, dass es diese im Landkreis Rotenburg (Wümme) bereits gäbe. Herr Miesner, VNO, ergänzt hierzu, dass es für einen ländlich strukturierten Landkreis, wie es der Landkreis Rotenburg (Wümme) sei, bereits ein gutes Nachtbusnetz sei.

Abg. Lüdemann stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, die Beschlussempfehlung dahingehend zu erweitern, dass die Maßnahme 6. "Schnellbus Zeven - Sittensen - Tostedt" als Modellprojekt zunächst befristet auf 2 Jahre mit einem jährlichen Betrag in Höhe von maximal 50.000 € bezuschusst wird. Auf Nachfrage des Abg. Ringe erklärt Herr Opalka, dass es mit einer finanziellen Beteiligung des Landkreises in einer solchen Größenordnung sowie der zusätzlichen Beteiligung der Samtgemeinden Zeven und Sittensen sowie auch des Landkreises Harburg möglich sei, eine attraktive Anbindung an den Metronom in Tostedt herzustellen. Abg. Fröhlich erklärt, die FDP-Fraktion befürworte ebenfalls eine Bezuschussung dieser neuen Schnellbusverbindung.

Abg. Gudella-de Graaf spricht sich grundsätzlich dafür aus, dass aus den Regionalisierungsmitteln in erster Linie neue Projekte für eine Verbesserung des ÖPNV im Landkreis bezuschusst werden. Die unter Nr. 1 aufgeführten Verwendung rechne sie eher der Schülerbeförderung zu. KVD Peimann verweist hierzu zunächst auf die in Anlage 2 zur Sitzungsvorlage gegebenen Erläuterungen. Indem der Landkreis den in den ZVBN-assoziierten Bereichen tätigen Verkehrsunternehmen zusätzlich zu dem dort gültigen VBN-Tarif für Schülerfahrkarten einen Aufschlag bis zur Höhe des ca. doppelt so hohen Regionaltarifs gewähre, leiste er ebenso einen Ausgleich tarifbedingter Einnahmeverluste wie es die assoziierten Gemeinden für die übrigen Fahrgäste dem ZVBN gegenüber täten. Hierbei handele es sich gleichermaßen um Verbundförderung.

Abg. Schulz beantragt, der Landkreis möge kurzfristig an die beiden Verkehrsverbünde VBN und HVV herantreten und dort anfragen, ob und zu welchen Bedingungen eine Aufnahme des Landkreises Rotenburg (Wümme) möglich wäre. Vorsitzender Graf von Bothmer erklärt hierzu, der Landkreis habe sich in der Vergangenheit verschiedentlich schon mit diesen Überlegungen befasst, eine Mitgliedschaft jedoch nicht befürwortet. Auf weitere Nachfragen der Abg. Sonnenwald, Steppat, Fröhlich und Ringe gibt Herr Opalka weitere Erläuterungen. Er stellt hierbei fest, dass eine Ausweitung des HVV auf den Landkreis Rotenburg (Wümme) derzeit sicher nicht in Betracht komme, da es hierfür letztlich auch an der notwendigen Fahrgastnachfrage fehle.

Abg. Schulz erklärt, er wolle seinen Antrag gleichwohl aufrecht erhalten. Er erkundigt sich nach dem Inhalt eines Gutachtens, das seines Wissens nach im Jahr 2002 über Möglichkeit und Kosten eines ZVBN-Beitritts erstellt worden sei. KVD Peimann sichert insoweit zu, hierüber im Rahmen der nächsten Ausschusssitzung zu berichten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen stimmt der Ausschuss anschließend über die vorliegenden Beschlussempfehlungen ab. Hierbei wird die Beschlussempfehlung einvernehmlich dahingehend ergänzt, dass für die als Maßnahme 6. aufgeführte Schnellbuslinie Zeven - Sittensen - Tostedt befristet auf 2 Jahre ein jährlicher Kreiszuschuss in Höhe von maximal 50.000 € gewährt wird.

Sodann werden in einzelner Abstimmung über die Bezuschussung der aufgelisteten ÖPNV-Fördermaßnahmen folgende Beschlüsse gefasst:

Beschluss 1:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) übernimmt in vollem Umfang die Kosten der in Anlage 1., Nr. 1 dargestellten ÖPNV-Fördermaßnahme.

Beschluss 2:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) übernimmt in vollem Umfang die Kosten der in Anlage 1., Nrn. 2, 3 und 4 dargestellten ÖPNV-Fördermaßnahmen. Die Beteiligung an der Maßnahme 4 gilt zunächst für 3 Jahre.

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beteiligt sich mit einem Anteil von jährlich maximal 50.000 € an den Kosten der in Anlage 1., Nr. 6 dargestellten ÖPNV-Fördermaßnahme. Die Beteiligung gilt zunächst für 2 Jahre.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss1:

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen:

Enthaltung: 5

Beschluss 2:

Ja-Stimmen:13

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Punkt 6 der Tagesordnung: Antrag TOUROW

Vorsitzender Graf von Bothmer weist auf die Beschlussvorlage hin und fragt, ob noch Erläuterungsbedarf bestehe.

Abg. Lüdemann teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion intensiv mit dem Antrag des TouROW auseinandergesetzt haben. Über die Verdopplung des Mitgliedsbeitrages bestehe Einvernehmen, hinsichtlich des jährlichen Landkreiszuschusses habe man sich auf eine Erhöhung des Zuschusses auf 100.000 Euro verständigt. Er bittet, die Beschlussvorlage entsprechend zu ändern.

Abg. Ringe antwortet für die SPD-Fraktion, dass die Verdopplung des Mitgliedsbeitrages nicht an die Bedingung geknüpft werden dürfe, dass alle weiteren kommunalen Mitglieder der Beitragserhöhung zustimmen. Hier müsse der Landkreis für sich allein entscheiden. Hinsichtlich der Erhöhung des Landkreiszuschusses schlage die SPD-Fraktion eine Erhöhung auf 110.000 Euro vor.

KVD Peimann teilt zur Erhöhung des Mitgliedsbeitrages mit, dass die Gespräche mit den kommunalen Mitgliedern ergeben habe, dass alle, bis auf die Gemeinde Fintel, bereits Zustimmung signalisiert haben. Herr Hachmöller ist optimistisch, dass auch die Gemeinde Fintel der Erhöhung zustimmen werde.

Nach einer Diskussion über die Formulierung des Beschlusses, einigt man sich darauf, den Zusatz zur Erhöhung des Mitgliedsbeitrages dahingehend zu ändern, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) seinen Beitrag wie beantragt erhöht, sofern die kommunalen Mitglieder des TouROW grundsätzlich einer Beitragserhöhung zustimmen.

Anschließend werden folgende Beschlüsse gefasst:

Beschluss 1:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) erhöht seinen Beitrag wie beantragt, sofern die kommunalen Mitglieder des TouROW grundsätzlich einer Beitragserhöhung zustimmen.

Beschluss 2:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) erhöht den jährlichen Kreiszuschuss auf 110.000 €.

Beschluss 3:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) erhöht den jährlichen Kreiszuschuss auf 100.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss 1:

Ja-Stimmen:13

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Beschluss 2:

Ja-Stimmen:6

Nein-

Stimmen:7

Enthaltung:

Beschluss 3:

Ja-Stimmen:7

Nein-Stimmen:

Enthaltung:6

Punkt 7 der Tagesordnung: Haushaltsplan 2007

Vorsitzender Graf von Bothmer verweist auf die Beschlussvorlage und teilt dazu mit, dass die im Entwurf des Haushaltsplanes 2007 vorgesehenen Haushaltsansätze ämterweise beraten werden sollen.

Zu den Ansätzen des Rechts- und Ordnungsamtes teilt KVD Peimann mit, dass hier nur die Abteilung 33 (Gewerbe, Landwirtschaft, Jagd, Fischerei) betroffen sei. Die Ansätze haben sich im Vergleich zum letzten Jahr nur wenig geändert. Die Frage des Abg. Schulz nach dem erheblich höheren Ansatz für Jagdscheinegebühren im Haushaltsjahr 2008 wird von KVD Peimann mit der Möglichkeit, Jagdscheine für die Dauer von 3 Jahren ausstellen zu lassen, beantwortet.

Zu den Haushaltsansätzen des Straßenverkehrsamtes und des Veterinäramtes gibt es keine Wortmeldungen.

Zu den Ansätzen des Schulverwaltungs- und Kulturamtes gibt KVD Peimann bekannt, dass hier nur der Bereich ÖPNV betroffen sei. Aufgrund des geänderten Beschlusses zur Verwendung der Regionalisierungsmittel müsse der Ansatz von bisher 146.000 Euro auf 196.000 Euro geändert werden.

Zu den Ansätzen des Amtes für Kreisentwicklung (Wirtschaftsförderung) wird vom Abg. Lüdemann seitens der CDU-Fraktion für die Haushaltsstelle "Zuschuss für das Kuratorium für Wirtschaftsberatung (Landwirtschaft)" für das Haushaltsjahr 2007 ein Betrag in Höhe von 2.500 Euro in Ansatz gestellt. Außerdem sind aufgrund der heutigen Beschlüsse die Haushaltsansätze für den Mitgliedsbeitrag TouROW von bisher 16.000 Euro auf 33.000 Euro und der Zuschuss

TouROW von bisher 90.000 Euro auf 100.000 Euro zu erhöhen.

Auf Nachfrage des Abg. Fröhlich zu den Bußgeldeinnahmen des Straßenverkehrsamtes teilt KOAR Bellmann mit, dass in der nächsten Sitzung vom Straßenverkehrsamt ein Sachstandsbericht zum Unfallgeschehen und zur Geschwindigkeitsüberwachung im Landkreis Rotenburg (Wümme) abgegeben werde.

Weitere Fragen der Abg. Detjen, Fröhlich und Lüdemann zu den Geschwindigkeitsmessungen auf der Autobahn und den anderen Straßen im Kreisgebiet werden von KOAR Bellmann beantwortet.

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegenden Haushaltsansätze des Rechts- und Ordnungsamtes (Abt. 33), des Straßenverkehrsamtes, des Veterinäramtes, des Schulverwaltungs- und Kulturamtes (ÖPNV) und des Amtes für Kreisentwicklung (Wirtschaftsförderung) werden mit den geänderten Haushaltsansätzen in den Haushaltsplan 2007 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:9

Nein-Stimmen:

Enthaltung:4

Punkt 8 der Tagesordnung: **Antrag der WFB-Kreistagsfraktion vom 16.10.2006;
Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur auf der Schiene
im Landkreis Rotenburg (Wümme)**

Vorsitzender Graf von Bothmer verweist auf die Beschlussvorlage. Abg. Steppat teilt zum Antrag mit, dass es Ziel der WFB-Kreistagsfraktion sei, möglichst viele EU-Fördermittel in den Landkreis Rotenburg (Wümme) zu holen.

Abg. Lüdemann verweist für die CDU-Fraktion auf die Zuständigkeit der Landesverkehrsgesellschaft Hannover für den Schienenverkehr. Abg. Schulz erwidert, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) für den Schienenverkehr zwar nicht zuständig sei, aber für den Erhalt von Bahnstrecken aktiv werden könnte. Als Beispiel benennt er die Bahnstrecke Zeven - Tostedt.

KVD Peimann erklärt dazu, dass die WFB-Kreistagsfraktion mit ihrem Antrag auf 3 Bahnstrecken die Einrichtung von Regelzugverkehr für Personen erreichen wolle. Er nimmt den Vorschlag der CDU-Fraktion auf und fragt Abg. Steppat, ob er mit dem Weiterreichen des Antrages an die Landesverkehrsgesellschaft Hannover einverstanden sei. Abg. Steppat stimmt zu.

Eine weitere Beratungsfolge ist damit hinfällig.

Anschließend wird vom Abg. Schulz auf den Bahn-Kongress in Hannover am 03.05.2007 hingewiesen und empfiehlt eine Teilnahme.

Abg. Ringe stellt abschließend zum Antrag der WFB-Kreistagsfraktion fest, dass die Bahnstrecke Bremervörde - Gnarrenburg - Worpsswede für einen Regelzugverkehr nicht ausgebaut sei. Diese Bahnstrecke könnte auch wegen fehlender technischer Sicherungen an den Bahnübergängen nur für touristische Zwecke mit entsprechend niedrigen Geschwindigkeiten befahren werden.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Projektideen des Amtes für Kreisentwicklung zur Konvergenzförderung 2007 - 2013**

Dipl.-Geograph Hachmöller stellt verschiedene Projektideen des Amtes für Kreisentwicklung zur Konvergenzförderung 2007 - 2013 vor, u.a. die Breitbandanbindung peripherer Gewerbegebiete, Gründerbüros und nachhaltige Schülerfirmen.

Die Fragen der Abg. Ringe und Schulz zur Breitbandanbindung werden von Herrn Hachmöller

beantwortet, ebenso die Frage der Abg. Gudella - de Graaf zu Schülerfirmen.

Frau Jungemann, Amt für Kreisentwicklung, und Herr Engelke-Denker vom Transferzentrum Elbe-Weser stellen die Innovations- und Kooperationsinitiative Bioenergie Landkreis Rotenburg (Wümme) vor. Die Fragen der Abg. Fröhlich, Detjen und Graf von Bothmer werden von Frau Jungemann und Herrn Engelke-Denker beantwortet. Abg. Sonnenwald schlägt vor, dass dieses Projekt nach Durchführung noch einmal im Ausschuss vorgestellt wird.

Abg. Wernecke berichtet, dass er in der Verwaltung bezüglich seiner Nachfrage nach der Genehmigung von Biogasanlagen nicht richtig informiert worden sei. Vorsitzender Graf von Bothmer informiert über die zwei Genehmigungsformen für Biogasanlagen. Abg. Wernecke erwartet, dass zukünftig seitens der Verwaltung Anfragen zu Biogasanlagen richtig beantwortet werden. Vorsitzender Graf von Bothmer schlägt hierfür als Ansprechpartner die Wirtschaftsförderung vor.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Steppat fragt nach den Antrag eines Scheeßeler Bürgers auf Geschwindigkeitsbeschränkung und Überholverbot im Zuge der B 75 zwischen Scheeßel und Lauenbrück. KOAR Bellmann antwortet, dass über den Antrag bereits entschieden worden sei. Die beantragten Maßnahmen seien abgelehnt worden.

Im Rahmen der Unfallkommission werde der Streckenabschnitt noch einmal überprüft. Über das Ergebnis werde Abg. Steppat schriftlich informiert.

Abg. Schulz fragt nach dem mautverdrängten Lkw-Verkehr auf der Strecke Gnarrenburg - Zeven - Sittensen sowie den Aktionen der Bürgerinitiative gegen Dorfautobahn.

KOAR Bellmann antwortet, dass von der Bürgerinitiative der Antrag gestellt worden sei, die L 122 und die B 71/74 für Schwerlastverkehr über 12 t zu sperren. Dieses würde einer Sperrung des Elbe-Weser-Raumes gleichkommen. Um feststellen zu können, wie sich der Lkw-Verkehr nach Einführung der Autobahnmaut entwickelt hat, habe man die Straßenbauautoritäten gebeten, auf diesen Strecken Verkehrszählungen durchzuführen. Nach Vorliegen der Ergebnisse müsse man zusammen mit den zu beteiligenden Fachbehörden abwägen, ob und welche Maßnahmen in Betracht kommen können. Auf die Nachfrage des Abg. Fröhlich nach der Zeitschiene, antwortet KOAR Bellmann, dass er mit einer Entscheidung in den nächsten 4 - 5 Wochen rechne. Über das Ergebnis werde er in der nächsten Sitzung des Ausschusses berichten.

Abg. Wernecke berichtet über Hupesignale des Schienenverkehrs auf der Bahnstrecke Rotenburg - Bremervörde und fragt nach, ob diese notwendig seien.

KOAR Bellmann antwortet, dass die Bahn an unbeschränkten Bahnübergängen verpflichtet sei, Signale zu geben. Abg. Ringe ergänzt, dass auf das Hupen nur an Bahnübergängen mit technischer Sicherung verzichtet werden könne, auch wenn die Bahnübergänge nur wenig befahren werden.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer